

Berlin, 23. Januar 2022  
zyk/bü



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

**Bundesvorstand**

## **Tarifverhandlungen Luftsicherheitskräfte: „Mindestens 1 Euro mehr pro Stunde muss her!“**

5 Vor Beginn der ersten Runde der Tarifverhandlungen zur Erhöhung der Entgelte für die bundesweit etwa 25.000 Sicherheitskräfte an Verkehrsflughäfen bekräftigt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ihre Forderungen. Die Beschäftigten erwarteten auch vor dem Hintergrund der Inflationsrate kräftige Lohnerhöhungen. „Wir fordern die Arbeitgeber der Luftsicherheitswirtschaft auf, schon in der ersten Runde ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen, damit die Gespräche ergebnisorientiert geführt werden können“, betont ver.di-Verhandlungsführer Wolfgang Pieper.

10 Die Tarifverhandlungen zwischen ver.di und dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) beginnen am Montag, 24. Januar 2022 in Berlin. ver.di erwarte vor dem Hintergrund der Coronasituation mit weniger Flugpassagieren, aber mit viel höherem Luftfrachtaufkommen schwierige Verhandlungen, hieß es.

15 Für die Sicherheitskräfte an Verkehrsflughäfen fordert ver.di eine Lohnerhöhung von mindestens einem Euro pro Stunde bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Darüber hinaus soll in der Tarifrunde der Lohn für die Luftsicherheitskräfte Fracht und Personal/Warenkontrolle mit behördlicher Prüfung auf das Niveau der Luftsicherheitsassistenten (Fluggastkontrolle) nach dem Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit angehoben werden.

25 Für die Luftsicherheitskräfte in der Bordkartenkontrolle, in der Sicherung von sicherheitsempfindlichen Bereichen, in der Flugzeugbewachung u.a. mit Qualifizierung und bestandener Prüfung sowie in der Dokumentenkontrolle solle bundesweit das gleiche Stundenentgelt gezahlt werden. Bisher würden diese Beschäftigten regional unterschiedlich bezahlt. Jetzt müsse das Stundenentgelt auf das höchste Entgeltniveau angeglichen werden. Auch die für die Dauer von bis zu 24 Monaten niedrigere Bezahlung von Sicherheitskräften beim Berufseinstieg solle abgeschafft werden. Eine solche Regelung sei angesichts des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften nicht mehr zeitgemäß

**MEDIENINFORMATION**

V.i.S.d.P.:

Jan Jurczyk  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1012

E-Mail:  
pressestelle@verdi.de